

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

BORYS LEWYTKYJ

Der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Eine Rückschau auf Probleme und Hintergründe

Zwischen 17. und 31. Oktober 1961 fand im neu erbauten Palast der Tagungen im Kreml in Anwesenheit von 4394 stimmberechtigten (gewählt waren 4408) und 405 beratenden Delegierten der XXII. Parteitag der KPdSU statt. Zugegen waren außerdem Delegationen 80 ausländischer kommunistischer Parteien (auf dem XXI. Parteitag 70, auf dem XX. 55). Ein politisches bedeutungsvolles Novum bildete die Gegenwart von Vertretern dreier politischer Organisationen Afrikas, die keinesfalls als kommunistisch zu bezeichnen sind — der Demokratischen Partei Guineas mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung der Republik, Sejfullaye Diallo, an der Spitze; der Sudanesischen Union unter Führung des Abgeordneten der Nationalversammlung der Republik Mali, Tideani Traore; der Convention Peoples Party der Republik Ghana unter ihrem Delegationsleiter Ebenezer Tsefas Quaye. Aus Gründen, die während des Kongresses zur Sprache kamen, fehlte die Delegation der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens.

Der XXII. Parteitag war, wie die Auswertung der sowjetischen Dokumentation ergibt, eine sorgfältig vorbereitete Veranstaltung. Den Höhepunkt der Vorbereitungen bildeten die Parteitage in vierzehn Unionsrepubliken (die russische Föderation besitzt als einzige Republik keine eigene Parteiorganisation), die im September und in den ersten Oktobertagen stattfanden. Im voraus ist zu sagen, daß eine isolierte Betrachtung des XXII. Parteitages zu schwerwiegenden Mißverständnissen führen müßte. Alles spricht eindeutig dafür, daß im voraus eine genaueste Rollenverteilung zwischen den republikanischen Parteitagen, Parteikonferenzen in der Russischen SFSR und dem XXII. Parteitag selbst vorgenommen worden war. Erstgenannte Veranstaltungen standen im Zeichen einer heftigen Kritik an den lokalen Mängeln in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft. Seit langem konnte man nicht mehr so viel interessante und bisher völlig unbekanntes Angaben und Hinweise über den Stand der Erfüllung des Sieben-

jahresplanes und die Wirtschaftslage in der Sowjetunion überhaupt finden wie in der Dokumentation der vierzehn Parteitage. Ihre Funktion war es, nicht nur die Mißstände schonungslos aufzudecken, sondern auch erstmalig in der nachstalinistischen Geschichte des Landes so eindeutig und konkret mit dem Finger auf die Verantwortlichen zu weisen („moralisch zersetzte“ Bürokraten alter Schule, Partei- und Staatsfunktionäre, die nicht fähig sind, sich auf den neuen Arbeitsstil umzustellen und durch Massenbetrug an Partei und Staat ihre privilegierte gesellschaftliche Stellung um jeden Preis zu halten trachten). Die Delegierten hatten also, bevor sie durch den machtvollen Ausbruch der antistalinistischen Welle auf dem XXII. Parteitag erschreckt wurden, bereits einen heftigen Schock hinter sich. Auf den Parteitagen und -konferenzen in den einzelnen Republiken wurde ihnen deutlich klargemacht, daß 1. die Landwirtschaft der UdSSR als Ganzes schon das dritte Jahr nicht mit den Kennziffern des Siebenjahresplanes Schritt zu halten vermag, daß besonders in der Viehwirtschaft haarsträubende Zustände herrschen (in Kasachstan verendeten z. B. allein zwischen Mai und Oktober 1961 779 000 Schafe!). 2. Im Bauwesen zeigte sich eine bedrohliche Situation, hauptsächlich weil die zuständigen Behörden aus Karrierestreben und Jagd

nach Scheinerfolgen jedes Jahr die Hauptmittel in den Bau neuer Betriebe investieren — ohne Rücksicht, ob die früher begonnenen Objekte bereits fertiggestellt sind. Auf diese Weise kam es zu einer zu breiten Streuung der Investitionsmittel, Überlastung der Bauorganisationen und ähnlichen negativen Erscheinungen, so daß zahlreiche Projekte des Siebenjahresplanes nicht

Franz Theodor Zölch

China im Tibet

(s. Seite 15)

rechtzeitig vollendet werden können. 3. Auch in der Industrie hinken, trotz Erfüllung der Gesamtproduktionspläne, ganze Zweige hinter den Aufgaben des Siebenjahresplanes nach. Jeder Delegierte des XXII. Parteitages war also darüber ausgezeichnet informiert, und eine Rückkehr zu diesen Fragen erübrigte sich. Dem XXII. Parteitag war von der Parteizentrale die Lösung prinzipieller Probleme zgedacht, so die Annahme eines neuen Parteiprogramms, dessen Kernstück ein Zwanzigjahresplan bildet, und des neuen Parteistatuts.

1. Wider die „partefeindliche Gruppe“

Der Kampf gegen die „partefeindliche Gruppe“, in deren Zeichen der XXII. Parteitag vornehmlich stand, kann nicht als Überraschung bezeichnet werden. Man darf nicht vergessen, daß N. S. Chruschtschow in seinem Rechenschaftsbericht den Zeitraum zwischen dem XX. Parteitag (1956) und dem jetzigen XXII. Parteitag zu behandeln hatte, da der XXI. (1959) ein außerordentlicher Parteitag war. Zu den für die KPdSU wichtigsten Ereignissen innerhalb dieser Zeitspanne gehörte die politische Krise um das Juniplenium von 1957 und im Zusammen-

hang damit die Ausschaltung der „partefeindlichen Gruppe“ aus den leitenden Organen der Partei. Hinzu kam die Tatsache, daß die prominentesten „Partefeinde“ wie Molotow, Kaganowitsch, Malenkov und Woroschilow dennoch bis zum Parteitag als autoritative Kommunistenführer betrachtet wurden. Warum aber diese Auseinandersetzung so scharfe Formen angenommen hat, läßt sich aus den Vorgängen erklären, die auf dem XXII. Parteitag bekannt wurden. Kurz vor dem Kongreß sandte Molotow an das ZK der KPdSU einen Brief, in welchem er den

Programmentwurf der Partei als eine Abweichung von der Lehre Marx's und Lenins bezeichnete. Die Ereignisse innerhalb des internationalen Kommunismus, die Versteifung der ideologischen Gegensätze und Herauskristallisierung einer aggressiven stalinistischen Front der albanischen Kommunisten haben zur Verschärfung des „Antistalinismus“ beigetragen. Kuusinen bezeichnete in der Parteitagdiskussion den Brief Molotows an das Zentralkomitee als Versuch, „eine Art sektiererische Plattform für seine weiteren parteifeindlichen Spekulationen zusammenzuzimmern. Er hat augenscheinlich beschlossen, das Wasser zu trüben, um dann im trüben zu fischen. Vielleicht beißt irgendein grätiger Kaulbarsch an, wenn nicht hier in den einheimischen, dann vielleicht irgendwo in fremden Gewässern.“

Im Laufe des Parteitages versuchten die einzelnen Diskussionsredner, die Liste der Verbrechen der „Parteifeinde“ minutiös zusammenzustellen. Viele Einzelheiten kamen bei dieser Verfahrensweise ans Tageslicht. Es wurde bestätigt, was westliche Autoren längst wußten: nicht nur die Namen Malenkov und Kaganowitsch, sondern auch Molotow läßt sich nicht von den Liquidierungslisten aus der Zeit der großen Säuberungen hinwegtilgen. Die Verbrechen Molotows, Kaganowitschs und Malenkows, schließlich auch Woroschilows wurden nicht systematisch und lückenlos registriert, sondern nur Beispiele ausgewählt, durch welche die Gefühle der Delegierten mit Erfolg angesprochen wurden; zum zweiten muß man vielleicht den sowjetischen Kommunistenführern recht geben, wenn sie sagen, daß ihnen viele Einzelheiten selbst noch nicht bekannt sind. Wie überhaupt anzuzweifeln ist, ob überhaupt alles eines Tages aufgeklärt werden kann. Stalin war ein wahrer Virtuose bei der Organisation seiner Verbrechen. Viele wichtige Spuren sind restlos verwischt worden, und der XX. Parteitag hatte eindeutig bestätigt, wie unfähig die Nachfolger Stalins waren auch nur etwas zur Wiederherstellung der Wahrheit, selbst im Interesse der sowjetischen Kommunisten, zu leisten: Vorsitzender der Kommission für die Aufklärung der Verbrechen Stalins war um die Zeit des XX. Parteitages W. M. Molotow ...

Studiert man also die Liste der Verbrechen der Parteifeinde, so kann man sich nicht des Eindrucks der Zweckgebundenheit dieser Manipulationen erwehren. Von vielen Rednern wurde die Teilnahme Molotows an zahlreichen Verbrechen zu Lebzeiten Stalins angeschnitten; wirklich ernst und leidenschaftlich vorgebracht wurde jedoch nur die Tätigkeit Molotows nach Stalins Tod. „Molotow lehnt überhaupt die Linie der friedlichen Koexistenz ab“ (Mikojan); „Molotow trat gegen die Reorganisation der Leitung von Industrie und Bauwesen, gegen die Erschließung von Neuland, gegen die Verbesserung der Planungsmethoden und gegen andere vom Leben diktierte Maßnahmen der Partei auf“ (Poljanskij). Iljitschew erinnerte, wie Molotow noch am 18. April 1960 — zu einer Zeit, als er politisch schon vollständig ausgebootet war

— einen Artikel anlässlich des 90. Geburtstages Lenins an die Redaktion des theoretischen Parteiorganes „Kommunist“ übersandte und in einigen Punkten wider die Beschlüsse des XX. Parteitages zu opponieren gewagt habe. Satjukow, Chefredakteur der „Prawda“, der zweifellos neben Mikojan, Kossygin und Iljitschew zu den interessantesten und aufgeschlossensten Rednern gehörte, stellte ausführlich dar, wie Molotow kurz vor dem XXII. Parteitag den Programmentwurf angegriffen hatte. Aus alledem ist leicht herauszuhören, daß nicht die entferntere Vergangenheit, sondern Molotows Tätigkeit zwischen dem XX. und XXII. Parteitag den eigentlichen Anlaß für seine jetzige Verdammung bildete.

In ähnlicher Weise trifft das auch auf andere „Parteifeinde“ zu. Dieser utilitaristische Charakter des Kampfes gegen die „parteifeindliche Gruppe“ läßt sich am Beispiel Woroschilows am besten erkennen. Während des XX. Parteitages wurde er von Chruschtschow als „Verfolger Stalins“ hingestellt, den dieser als „englischen Spion“ bezeichnet und in seiner Wohnung mittels Abhöranlagen überwachen lassen habe. Auf dem XXII. Parteitag aber avancierte er zu einem Molotow, Kaganowitsch und Malenkov ebenbürtigen Verbrecher. Der Ex-Chef des Komitees für Staatssicherheit, Schelepin, zitierte einige bislang unbekanntes Dokumente über die Tschatschewskij-Affäre (1937), aus welchen die Beteiligung Woroschilows klar hervorgeht. Aus dem, was alle anderen Redner über Woroschilow sagten, wird aber erst klar, weshalb er jetzt so eingestuft wird. Im Juni 1957, als die „partei-

feindliche Gruppe“ gegen Chruschtschow vorgeht, war der mit politischem Scharfsinn nicht eben gesegnete Woroschilow, nach eigenen Worten „vom Teufel besessen“ und setzte kritiklos seine Autorität zugunsten der antichruschtschowschen Opposition ein. Als die „parteifeindliche Gruppe“ schließlich das Spiel verloren hatte, führte er Umschwenkmanöver aus. Man darf jedoch nicht vergessen, daß Woroschilow nicht nur populär, sondern zum gegebenen Zeitpunkt noch dazu Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR war. Er verfügte also nicht nur über persönliche Autorität, sondern hielt auch genügend Macht in Händen, um die Opposition mit rein administrativen Maßnahmen unterstützen zu können, wovon er reichlich Gebrauch machte. Vergessen wurde es ihm, wie wir sehen, niemals.

Die Untersuchung der Ursachen für den verschärften Kampf gegen die „parteifeindliche Gruppe“ bestätigt also eindeutig, daß die ganze Angelegenheit ein ausgesprochenes Produkt der jüngsten Geschichte der Sowjetunion ist. Das muß besonders betont werden, da der Kampf gegen die „parteifeindliche Gruppe“ sehr eindrucksvolle Konsequenzen nach sich zog. Die Auffrischung der Vergangenheit sollte der moralischen Erledigung der Führer der „Parteifeinde“ dienen und den Beweis erbringen, daß ihr Widerstand gegen die Reformen Chruschtschows eng mit ihrer Vergangenheit verknüpft sei: sie erstrebten, daß sich die sowjetische Gesellschaft bezüglich Rechtspflege, politischen Verhältnisse und Wirtschaftspolitik nach den gleichen Prinzipien entwickeln sollte wie zu Lebzeiten Stalins.

2. Der Stalinismus als Bremsklotz für die Aufwärtsentwicklung

Eng verbunden mit der Aktion gegen die „parteifeindliche Gruppe“ war die Attacke auf Stalin und seine Lehre als zweites eindrucksvolles Merkmal des XXII. Parteitages. Die ganze diesbezügliche Dokumentation läßt sich in zwei Gruppen teilen. Eine Reihe von Rednern, einschließlich Chruschtschow, stellte die Liste der Verbrechen Stalins zusammen. Im Vergleich zum XX. Parteitag warfen Chruschtschow und Schelepin etwas mehr Licht auf die Ermordung Kirows (Dezember 1934), die das Signal zu Massenrepressalien gegen die gesamte Generation der alten Bolschewiken gegeben hatte. Der wenig bekannte Fall Sergo Ordshonikidse wurde jetzt von Chruschtschow authentisch dargestellt: „Genosse Ordshonikidse erkannte, daß er mit Stalin nicht mehr länger zusammenarbeiten konnte ... Um nicht mit Stalin zusammenzustoßen und um nicht die Verantwortung für dessen Machtmißbrauch mitzutragen, beschloß er, seinem Leben durch Selbstmord ein Ende zu setzen.“ Aus verschiedenen Memoiren, die von sowjetischen Emigranten erschienen sind, war bekannt, daß Stalin eine Reihe von Verwandten seiner ersten Frau liquidieren ließ. Ihren Bruder, Aljoscha Swanidse, ließ er, wie Chruschtschow

jetzt bekanntgab, als angeblichen Spion erschießen. Die Liste der Verbrechen Stalins war jedoch, wie sie auf dem XXII. Parteitag vorgebracht wurde, viel bescheidener als Chruschtschows Angaben in seiner Geheimrede vor dem XX. Parteitag. Auch hier wurden Fälle ausgewählt, besonders im Schlußwort Chruschtschows, die der psychologischen Bearbeitung der Delegierten dienten.

Auf dem XX. Parteitag war nur über die krassen Auswüchse des Stalinismus gesprochen worden. Die Stalinsche Lehre wurde zwar damals von Mikojan angegriffen, das gehörte jedoch zu den zweitrangigen Ereignissen in der ersten Welle des Antistalinismus, die vom XX. Parteitag ausging. Auf dem XXII. Parteitag hingegen warf eine Reihe von Diskussionsteilnehmern die Frage auf, ob der Stalinismus als Lehre und politische Doktrin noch irgendwelche Bedeutung besitze. Besonders deutlich war die Kritik an der Lehre Stalins in zwei Punkten: an der statischen, doktrinären Denkweise, die sich auf die Predigun gen einiger festgestanzter Formeln beschränkt, und an ausgewählten Programthesen des Stalinismus. Auch hier ist die

Kritik Chruschtschows und seiner Anhänger allein die Folge einer Zwangslage. Es werden nämlich nur jene Thesen Stalins angegriffen, die sich in einen Hemmschuh für die gegenwärtige Entwicklung verwandelt haben oder durch die Praxis bereits ad acta gelegt sind.

Mikojan war neben Chruschtschow der Hauptstreiter wider die stalinistische Theorie. Er beschäftigte sich mit dem letzten Werk Stalins, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, das bis jetzt als sein Vermächtnis bei den sowjetischen Kommunisten gegolten hatte. „Heute kann man bereits mit Bestimmtheit sagen, daß der XIX. Parteitag der KPdSU gar nicht darauf vorbereitet sein konnte, ein neues Parteiprogramm zu bringen. Jetzt ist allen klar, daß die ‚Ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ nicht zur Grundlage eines neuen Programms hätten genommen werden können. Die Partei mußte eine Reihe falscher Vorstellungen vom Übergang zum Kommunismus überwinden. Es genügt daran zu erinnern, daß am Vorabend des XIX. Parteitages Ansichten Mode waren, daß man nur ein ständiges Anwachsen der Produktion zu sichern, das kollektivwirtschaftliche Eigentum zu Volkseigentum zu machen, die Warenzirkulation durch ein System des Austauschs von Produkten zwischen Stadt und Land zu ersetzen, den Arbeitslohn zu verdoppeln, das kulturell-technische Niveau der Arbeiter und Bauern zu heben brauche, um dann zum Kommunismus übergehen zu können. Das war eine simplifizierende Vorstellung.“

Zu den „ausgewählten“ Thesen Stalins, die jetzt angegriffen werden, gehört jene über die Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion, mit welcher Stalin den chronischen Mangel an Massenbedarfsgütern zu rechtfertigen versuchte, zum andern das Problem Sowchos-Kolchos. Wie bekannt, forderte Stalin die Verwandlung der Kolchose in Sowchose (Staatsgüter); ferner die Verwirklichung seiner These über die Erlöschung des Lebensstandards, nach welcher der Reallohn der Arbeiter mechanisch gesteigert werden sollte. Mehrere Redner verurteilten den Superzentrismus, hauptsächlich in der Wirtschaftspolitik, und die damit zusammenhängende Verringerung der Republikrechte. Viele Thesen, wie beispielsweise die über eine ständige Verschärfung des Klassenkampfes in der Aufbauetappe des Sozialismus, über die Maschinen-Traktoren-Stationen und andere wurden auf dem XXII. Parteitag nicht mehr diskutiert — die entgegengesetzten Ansichten zu dieser Frage sind bei den sowjetischen Kommunisten bereits tief verwurzelt.

Eine genauere Auswertung der Materialien über Stalin und den Stalinismus während des XXII. Parteitages bestätigt, daß Chruschtschow und seine Anhänger nicht nur mit dem Stalinismus unter dem Aspekt der heutigen Lage diskutieren, sondern daß sie ganz offensichtlich versuchen, zwischen Stalinismus und parteifeindlicher Gruppe und damit auch der gesamten Opposition gegen Chruschtschows Reformen und andere Maßnahmen zur Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft ein Gleichheitszeichen

anzubringen. Die Funktion der zweiten „antistalinistischen Welle“ läßt sich niemals recht verstehen, ohne daß man sich diese Tatsache vor Augen hält. Es ist keine feierlich angekündigte Rückkehr zur historischen Wahrheit, es ist auch keine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, sondern ein sehr ernster Versuch, jenes Erbe des Stalinismus aus dem Wege zu räumen, das sich unter den heutigen Verhältnissen als Bremsklotz für die positive Weiterentwicklung erwiesen hat.

Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die Auseinandersetzung der sowjetischen Kommunisten mit bestimmten Leitsätzen der Lehre Stalins von viel geringerer Bedeutung als die Verurteilung des doktrinären Denkens, eines der primären Merkmale der kommunistischen Weltanschauung in der Stalinära. Die doktrinäre Entartung wurde schon vor dem XX. Parteitag bekämpft, erst aber auf dem XXII. Parteitag erhielt ihre Verurteilung prinzipielle Bedeutung. Schon in seinem Rechenschaftsbericht plädierte Chruschtschow für dynamisches Denken: „Wir würden Verrat am Geist unserer Lehre verüben, wenn wir es unter diesen neuen Umständen nicht verstünden, den Marxismus-Leninismus schöpferisch anzuwenden und zu entwickeln, wenn wir ihn nicht durch neue theoretische Thesen und Schlußfolgerungen bereichern würden, wenn wir nicht kühn genug wären, die Formeln und Thesen zu präzisieren, die aufgehört haben der neuen historischen Erfahrung zu entsprechen. Das Leben ist unermesslich reicher als jegliche Formeln. . . . Der schöpferische Marxismus-Leninismus duldet keinen Stillstand des Denkens, duldet nicht, Formeln zu huldigen, die nicht der realen Sachlage, der objektiven Situation entsprechen.“

Am weitesten prellte in dieser Richtung wohl der Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation beim ZK der KPdSU, L. F. Iljitschew, vor: „Unter den Bedingungen des Personenkults war eine fruchtbare Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften unmöglich . . . Der Personenkult in der Theorie, das ist dem Wesen nach der Versuch, theoretische Probleme durch Erlaß von Dekreten auf administrativem Wege zu lösen, und das ist Machtmißbrauch auf dem Gebiet der Theorie.“ Die Betonung der antidoktrinären Einstellung der sowjetischen Kommunisten läuft parallel zur Beschuldigung der „partei-feindlichen Gruppe“ als doktrinär entartet. „Womit ist der Widerstand der konservativ-dogmatischen Gruppe zu erklären.“ fragte Mikojan, und gab selbst auch gleich die Antwort: „Vor allem dadurch, daß ihre Mitglieder organisch mit dem dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkult verbunden waren, durch ihr Unvermögen zu begreifen, daß das Land in eine neue Etappe seiner Entwicklung eintritt. . . .“ „Molotow und den anderen Angehörigen der parteifeindlichen Gruppe war alles Neue und Fortschrittliche fremd, sie waren so sehr vom Leben und von der Praxis losgelöst, daß sie

jede neue, für die Entwicklung der Volkswirtschaft nützliche Anregung stets bezweifelten und mit höchster Feindseligkeit aufnahmen.“ Diese seine Überlegungen ergänzte Kossygin mit folgender These: „Sie waren der Meinung, allein die Zentralisierung und nichts weiter bestimmte einen sozialistischen Stil der Wirtschaftsführung“. Noch besser wird die jetzige antistalinistische Welle verständlich, wenn an den gegenwärtigen Kampf um die Schaffung eines neuen Funktionärstyps in der Partei erinnert wird. In einem Rechenschaftsbericht malte Chruschtschow mehrfach den Funktionärstyp der Stalinzeit ab, einen Bürokraten, der Jahre hindurch zu blindem Gehorsam dressiert worden und daher nicht in der Lage war, etwas ohne Direktiven „von oben“ zu unternehmen. Jetzt verlangt die Partei von ihren Funktionären die Fähigkeit, selbständig zu handeln, die Probleme an Ort und Stelle zu lösen, auch wenn einmal keine Weisungen von vorgesetzten Instanzen vorliegen. Chruschtschow kritisierte auch jene Funktionäre, „die sich gegenüber der Steigerung ihrer fachlichen Qualifikationen und ihres ideologisch-politischen Niveaus sorglos verhalten“. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Breshnew, stellte fest: „Unsere Partei kritisiert diejenigen Funktionäre, die anstelle lebendiger organisatorischer Arbeit administrieren, Beschlüsse fassen, Verfügungen erlassen und meinen, darin bestehe das Wesen der Leitung.“ Es ließen sich Dutzende solcher Zitate anführen, anhand derer sich einer der wichtigsten Hintergründe des jetzigen Antistalinismus erklären ließe. Die Partei will einen neuen Funktionärstyp in den Vordergrund stellen, der in der gegenwärtigen Übergangsphase die Forderungen der modernen Industriegesellschaft erfüllen kann.

Die antistalinistische Welle, so wie sie dem XXII. Parteitag entsprang, hatte tragische Folgen nicht nur für Stalin, dessen sterbliche Überreste auf Beschluß des Kongresses vom 30. Oktober aus dem Lenin-Mausoleum entfernt werden mußten. Von den Anträgen zu dieser Resolution ist die Stimme des Leningrader Parteichefs Spiridonow besonders hervorhebenswert: „Sowohl die Repressalien der Jahre 1934 bis 1937 als auch die der Nachkriegszeit in den Jahren 1949 und 1950 wurden entweder auf direkte Anweisung oder mit Wissen und Billigung Stalins ausgeführt. Welch' riesigen Schaden hat die Ausrottung der Kader, die nur unter den Bedingungen der hemmungslosen Herrschaft des Kultes um die Person Stalins auf allen Gebieten möglich war, angerichtet!“ Spiridonow betonte, daß sich die Schäden des Personenkults in der Ausrottung der Kader bei weitem nicht erschöpfen: „Wie auf dem XX. Parteitag, so wurde auch auf diesem Kongreß der große, oft nicht wieder gutzumachende Schaden, der infolge des Personenkults auf verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und ideologischen

Lebens entstanden ist, in ausreichendem Umfange dargestellt.“ *Deswegen bedeutet für die ganze Schule der sowjetischen Partei- und Staatsfunktionäre* — auch jene, die Chruschtschow bei jeder Gelegenheit Beifall zollen und seine Linie der Form halber akzeptieren, jedoch nicht

fähig sind, aus dem Arbeitstil Stalinscher Prägung herauszugelangen — *die antistalinistische Welle nichts Gutes*. In dieser versteckten Drohung liegt gerade der Sinn des Chruschtschowschen Antistalinismus, wie er auf dem XXII. Parteitag demonstriert wurde.

3. Im Zeichen der Forderungen der modernen Industriegesellschaft

In vielen Kommentaren über die Entwicklung in der Sowjetunion wird häufig eine elementare Frage übersehen, welche Aufgaben die KPdSU als ihre wichtigsten bezeichnet. Seit Beendigung des Bürgerkrieges steht der Kampf um Erfüllung der Wirtschaftspläne im Vordergrund der Parteitätigkeit. So war es zu Lenins Zeiten, so war es auch unter Stalin, so ist es bis heute geblieben. Dennoch bestehen wesentliche Unterschiede zwischen der Entwicklung in der Sowjetunion seit dem XXI. Parteitag (1959) und der Vergangenheit. Durch den Siebenjahresplan und jetzt durch die Ankündigung des Zwanzigjahresplanes haben die Wirtschaftspläne der sowjetischen Kommunisten stark an Bedeutung gewonnen. Sie enthalten nicht mehr eine bloße systematische Aufstellung der Wirtschaftsaufgaben, sondern bedeuten eine präzise politische Konzeption der sowjetischen Kommunisten, in welcher nicht nur der Zeitraum für die Erfüllung der Pläne festgelegt wurde, darüber hinaus auch die historisch umwälzende politische Bedeutung der Planziele fixiert ist. So ist der angekündigte Wettlauf zwischen der Sowjetunion und den USA und der Kampf um die Verwirklichung des Zwanzigjahresplanes automatisch zu einer Frage auf Leben und Tod für das sowjetische System geworden. Für die Verwirklichung dieser Pläne ist der Fortbestand des Friedens Voraussetzung, andererseits aber sind leicht die Gefahren abzusehen, die sich daraus ergeben könnten, daß das sowjetische Regime bei Nichterfüllung der politisch so hoch eingestuften Wirtschaftspläne einzig in einer Verschärfung der internationalen Lage Möglichkeiten zur Abwälzung der Verantwortung für seine Mißerfolge sieht. Beides zusammen müßte genügen, um den ernststen Charakter der bereits in der UdSSR angebrochenen Entwicklung für den Westen und die ganze Welt zu begreifen.

Der Zwanzigjahresplan unterscheidet sich, ähnlich wie der 1959 angelaufene Siebenjahresplan, von ähnlichen Projekten der sowjetischen Kommunisten in der Vergangenheit dadurch, daß *nicht die einfache Erfüllung verschiedener Produktionszolls, sondern Maßnahmen zu qualitativen Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft die Grundlage bilden*. Die Summe dieser Maßnahme soll, wie es die sowjetischen Theoriker bezeichnen, die Schaffung der sogenannten *materiell-technischen Basis des Kommunismus* erreichen. Mikojan erklärte vor dem XXII. Parteitag: „Es handelt sich dabei nicht nur um ein umfangreiches Anwachsen der gesellschaftlichen Produktion, sondern darum, die Produktionskräfte unseres Landes auf eine

qualitativ neue, höhere Stufe zu heben, die Produktivkräfte der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen.“ An dieser Stelle wollen wir nicht auf Einzelheiten der Wandlung in der Sowjetunion eingehen. Es soll lediglich daran erinnert werden, daß gerade diese schwerwiegenden Probleme nicht nur den Hintergrund, sondern auch das Kernstück des XXII. Parteitages bildeten. Diese Tatsache muß man mehrmals wiederholen. Der XXII. Parteitag war von eindrucksvollen, suggestiven Momenten durchsetzt, die Ermordung der Generation der alten Bolschewiken wurde in Erinnerung gebracht, das zweite Begräbnis Stalins bildete den Höhepunkt dieses suggestiven Teils des Parteitages. Trotzdem war das alles *nur die äußere Fassade*. Von Chruschtschow bis zum unteren Funktionär verstehen die Kommunisten verschiedenes zu differenzieren und begreifen heute mehr als in der Vergangenheit, welche Bedeutung der Kampf um die Erfüllung der Wirtschaftspläne für das künftige Schicksal der Kommunisten in sich birgt.

Eine der wichtigsten Erfahrungen, welche die sowjetischen Kommunisten in den letzten drei Jahren nach den schweren Fehlschlägen gemacht haben, ist die immer stärkere Bewußtheit der Unzulänglichkeit der Parteidoktrin — besonders ihrer Stalinschen Ausgabe. Wer eine präzise Antwort will, wo die sowjetischen Kommunistenführer einen Ausweg suchen, für den lautet die Antwort: in der UdSSR ist man sich heute klar, daß *die Wissenschaft die Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen bilden soll*. Während des XXI. Parteitages war ein bedeutender Teil der Kritik an Stalin und dem Stalinismus die Folge dieses Umdenkens. Chruschtschow sagte in seinem Rechenschaftsbericht: „Wir müssen schneller und bis zum letzten alles ausnutzen, was Wissenschaft und Technik in unserem Lande schaffen, wir müssen kühner das Beste von dem übernehmen, was sich im Ausland bewährt hat, wir müssen die Spezialisierung und Kooperierung umfassender entwickeln, das Tempo der Vollmechanisierung und der Automatisierung der Produktion erhöhen.“ An dieser Stelle wiederholte er, was bereits im Programm festgelegt ist: „Die Wissenschaft wird immer mehr zu einer technologischen Anwendung der modernen Wissenschaft.“

Die Folgen dieser Umstellung lassen sich kaum absehen. Was die Wirtschaft angeht, so bedeutet das in erster Linie die Anerkennung der Notwendigkeit immer *neuer Reformen* als Vorbedingung für jeglichen Wirtschaftserfolg. Der XXII. Parteitag bekannte sich voll und ganz

zu dieser Auffassung. Chruschtschow erklärte beispielsweise: „Das Leben selbst fordert von der Planung und der Leitung der Volkswirtschaft eine neue, wesentlich höhere Stufe der wissenschaftlichen Begründung und ökonomischen Berechnungen.“ Kossygin, ein anderer prominenter Kommunistenführer, äußerte sich: „Die Partei hat der Vervollkommnung der organisatorischen Methoden bei der Leitung der Volkswirtschaft stets große Bedeutung beigemessen . . . Wir müssen auch in Zukunft die Organisation der Produktion in unserer Industrie weiter vervollkommen.“ Poljanskij, der Ministerratsvorsitzende der russischen SFSR, kündigte an: „Die Erfahrungen haben bekanntlich gezeigt, daß sich die Reorganisation der Leitung von Industrie und Bauwesen auf der Basis der Wirtschaftsverwaltungsgebiete vollauf bewährt hat. Die Reorganisation der Leitung ist jedoch *noch nicht abgeschlossen*.“

Auf diesem Hintergrund ist die Frage von besonderer Aktualität, wie die KPdSU diesen Übergang in der sowjetischen Gesellschaft so meistern will, daß ihre totalitäre Machtstellung ungefährdet bleibt. Im neuen Programm der KPdSU wurde, ähnlich wie in etlichen wichtigen Reden auf dem XXII. Parteitag, die neue Konzeption der sowjetischen Kommunisten zu dieser Frage deutlich umrissen. Sie läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Rolle der KPdSU muß in der Übergangsphase innerhalb der sowjetischen Gesellschaft erhöht werden. Die Partei verwandelt sich in ein Organ der permanenten ideologisch-politischen Erziehung der Sowjetbürger und stellt sich die Aufgabe, das politische Bewußtsein der Sowjetbürger auf „den Grad des Bewußtseins in der Partei zu bringen“. Deshalb beansprucht die KP in einer Zeit, da die Wissenschaft auf Konto bedeutender Einschränkungen der Parteidoktrin größeren Spielraum auf wirtschaftspolitischem Sektor erhält, ein Monopol auf die intensive ideologische Erziehung der Sowjetbürger. Gerade daraus läßt sich ersehen, wie anders der von den sowjetischen Kommunisten eingeschlagene Weg ist als ihn Marx und Engels vorgezeichnet haben. Für die echten Marxisten bedeutete die künftige klassenlose Gesellschaft „die eigentliche Geschichte des Menschen“, sie betrachteten den Sublimierungsprozeß des Menschen als Folge der Abschaffung jeglicher ökonomischen Unterdrückung und ständigen Vervollkommnung der Gesellschaftsverhältnisse. Für die sowjetischen Kommunisten aber bedeutet ein Übergang zur modernen Konsumgesellschaft die Aufhebung der Reglementierung der Konsumgüter bei gleichzeitiger verstärkter und *permanenter Reglementierung der menschlichen Seele*.

Wie der XXII. Parteitag bestätigte, begreifen die sowjetischen Kommunisten heute, daß sie diese *messianische Rolle* nur erfüllen können, wenn die Partei selbst *reformiert* wird. Das kam bei der bereits erwähnten Diskussion über den veralteten, für die heutigen Zeiten unbrauchbaren Arbeitsstil und Funktionärstyp alten Schlages zum Ausdruck. Während zu Lenins Zeiten eine kommunistische Persönlichkeit das

Ideal war, während Stalin diesen Typ mit Hilfe blutiger Maßnahmen durch einen blind gehorsamen Apparatschik ersetzte, träumen die Chruschtschowisten von einem technisch durch und durch gebildeten Kommunisten, am besten mit Ingenieurdiplom. Für diese Umwandlung der heute 8 872 516 Mitglieder und 843 489 Kandidaten zählenden KPdSU sind folgende Worte Chruschtschows charakteristisch: „Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß in unserer Partei die Zahl der gebildeten Menschen immer größer wird. Gegenwärtig besitzt bei uns jedes

dritte Parteimitglied Hoch- und Oberschulbildung. Es ist besonders wichtig festzustellen, daß gegenwärtig über 70 Prozent aller Mitglieder und Kandidaten der Partei in der materiellen Produktion arbeiten. Die Hauptmasse der Parteimitglieder arbeitet in entscheidenden Abschnitten: in der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion.“ Die KPdSU steht vor einem für sie entscheidenden Problem — der massiven Werbung um Sympathien bei technischen Kadern und Ingenieuren. Da in der Etappe des technischen Fortschritts und der Automation gerade

dieser sozialen Schicht gewisse größere Freiheiten eingeräumt werden mußten, versucht die Kommunistische Partei alles zu unternehmen, um sich den entscheidenden Einfluß auf sie zu sichern. Die technischen Kader und Ingenieure werden bevorzugt in die Partei aufgenommen, ihre Beeinflussung beginnt bereits in Schule und Komsomol. Die Parteizugehörigkeit ist aber nur eine formelle Angelegenheit. Der Zukunft muß die Beantwortung der Frage überlassen werden, ob bei der Lösung praktischer Probleme die Instruktionen der Partei oder die Stimme der Wissenschaft für sie Gültigkeit haben wird.

4. Probleme des internationalen Kommunismus

Die Streitigkeiten zwischen kommunistischen Parteien nahmen auf dem XXII. Parteitag, hauptsächlich durch den Bruch zwischen der KPdSU und der Partei der Arbeit Albaniens, einen dramatischen Charakter an. Eine Reihe von sowjetischen Kommunisten stellte das Sündenregister der albanischen Stalinisten zusammen. Diese betrachteten Stalin weiterhin als genialen Führer des Weltkommunismus, für sie ist nicht nur die Stalinsche Lehre, sondern auch der *Arbeitsstil* aus der Stalinzeit die Richtschnur. Mikojan illustrierte das plastisch anhand einer Äußerung des albanischen Kommunistenführers Mehmet Schehu auf dem IV. Parteitag der albanischen Partei der Arbeit: „Demjenigen, der mit der Führung in irgend etwas nicht einverstanden ist, soll ins Gesicht gespuckt, in die Fresse gehauen und, wenn es notwendig ist, eine Kugel durch den Kopf gejagt werden.“ Und die albanischen Stalinisten drohten nicht nur, sondern nehmen bis heute Verhaftungen und Liquidierungen ihnen mißliebiger Personen nach bewährtem Stalinschen Rezept vor. Entscheidend aber war, daß die albanischen Kommunisten ihre Differenzen mit den sowjetischen durch organisatorische Maßnahmen untermauerten. Sie veröffentlichten den Programmentwurf der KPdSU nicht, verboten Studenten ihres Landes und Spezialisten in der UdSSR zu studieren, wiesen sowjetische Ingenieure aus und trafen schließlich sogar Maßnahmen gegen die Beschlüsse des Warschauer Paktes.

So stellte sich heraus, daß nicht nur „Revisionisten“ — siehe Jugoslawien —, sondern auch Stalinisten zur organisatorischen Spaltung des internationalen Kommunismus führen können. Wie bekannt, demonstrierte der Delegationsleiter der KP Chinas, Tschou En-lai, während seiner Grußansprache auf dem Parteitag seine Sympathien für die albanischen Kommunisten. Es ergibt sich also für die Sowjetunion keine einfache Lage, obgleich es Chruschtschow und seinen Anhängern schon auf dem XXII. Parteitag gelang, prominente Vertreter aus den Reihen ausländischer kommunistischer Parteien für ihren Standpunkt in der Albanienfrage zu gewinnen. Rückhaltlose Hilfestellung leisteten Chruschtschow fast alle Vertreter kommunistischer Parteien aus Lateinamerika mit dem Mitglied der Leitung der

Vereinigten Revolutionären Organisationen Cubas, Blas Roca, an der Spitze. Die Auswertung der Reden lateinamerikanischer Parteitagsgäste ergibt ein Novum im internationalen Kommunismus. Sie demonstrieren nicht nur ihre Sympathien für Cuba, sondern betrachten die Ereignisse auf der Insel als beispielgebend für Theorie und Praxis der revolutionären Umwandlungen in Lateinamerika. Die im Westen verbreitete These, daß nämlich die kommunistischen Parteien in Lateinamerika der „Einflußsphäre der KP Chinas“ angehören, erwies sich auf dem XXII. Parteitag als irrig. Neben Belgrad als Zentrum des

„Revisionismus“, neben Moskau als Zentrale der Anhänger des Chruschtschowschen Kurses und Peking als Zentrum des Stalinismus, zeichnet sich klar Havanna als Mittelpunkt einer vierten Strömung innerhalb des internationalen Kommunismus ab, die sich in wesentlichen Punkten der Theorie und Taktik von anderen kommunistischen Parteien unterscheidet. Der XXII. Parteitag bestätigte somit das Entstehen neuer Fronten in der kommunistischen Bewegung, das neue Probleme auf die Tagesordnung setzt, die uns bis jetzt nur als gewisse Gärungsprozesse erschienen.

5. Die neue Parteiführung

Das auf dem XXII. Parteitag gewählte Zentralkomitee besteht aus 175 Mitgliedern und 155 Kandidaten. 82 Mitglieder oder 64,8 Prozent ihrer Gesamtzahl wurden neugewählt, hinzu kommen 27 avancierte ehemalige Kandidaten. Bei den Kandidaten sind 121 neugewählt oder 78,6 Prozent plus drei zu Kandidaten degradierte ehemalige Mitglieder. Von 63 Mitgliedern der Zentralen Revisionskommission (Stand von 1956) wurden jetzt nur 16 wiedergewählt; die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 65. Das Zentralkomitee charakterisiert sich nicht nur durch einen ziemlich hohen Prozentsatz der Erneuerung, sondern ist im Vergleich zum früheren Stand stärker besetzt (der XX. Parteitag wählte 133 Mitglieder und 122 Kandidaten; der XIX. Parteitag 125 Mitglieder und 111 Kandidaten). Für die Zusammensetzung des gegenwärtigen Zentralkomitees sind zwei Wellen von personellen Veränderungen ausschlaggebend. Die erste von ihnen betrifft die Ereignisse um das Juniplenium von 1957, auf Grund derer sich eine Reihe von Kommunistenführern, die in die „partei-feindliche Gruppe“ verwickelt waren, sich nicht mehr im ZK befindet. Noch wichtiger war jedoch die zweite Säuberungswelle, die dem Januarplenium des ZK der KPdSU von 1961 entsprang und in deren Verlauf viele „moralisch zersetzte“ Funktionäre ihres Postens enthoben wurden. Die Neuzugänge im heutigen ZK betreffen Personen, die im großen Revirement des letzten dreiviertel Jahres aufgestiegen sind. Diese Tatsache widerspiegelt einerseits die Bemühungen der Chruschtschow-Anhänger, mög-

lichst rasch eine Erneuerung der Parteikader durchzuführen, bietet andererseits aber keine Gewähr für eine Stabilisierung des neuen Zentralkomitees.

Nach den turbulenten Veränderungen, die dem XX. Parteitag folgten, bestand das Präsidium des Zentralkomitees aus 13 Mitgliedern, von denen jetzt 10 wiedergewählt wurden, zum 11. avancierte Woronow, der neben Chruschtschow als einziger Landwirtschaftsspezialist im Präsidium gilt. Nicht wiedergewählt wurden Aristow (jetziger Sowjetbotschafter in Warschau), Frau Furzewa (Kultusminister) und Ignatow (stellvertretender Ministerratsvorsitzender der UdSSR). Unter den fünf Kandidaten zum Präsidium sind Grischin, Masurow und Mshawanadse wiedergewählt worden; neu hinzugekommen sind Raschidow und Schtscherbizkyj; ausgebootet wurden Kalnbersin, Kirilenko, Perwuchin und Pospelow. Das Präsidium besteht aus sieben Russen, zwei Ukrainern und einem Armenier als Mitglieder und einem Russen, je einem Belorussen, Georgier, Usbeken und Ukrainer als Kandidaten.

Viel schwerwiegendere Veränderungen sind im Sekretariat des ZK festzustellen. Von den jetzigen neun Sekretären wurden Chruschtschow, Koslow, Kuusinen und Suslow wiedergewählt; neu hinzugekommen sind der Moskauer Parteichef Demitschew, der Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation beim ZK der KPdSU, Iljitschew, der Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen, Ponomarjow, der ehemalige Chef des Komitees für Staatssicherheit,

Schelepin, und der Leiter der Leningrader Parteiorganisation, Spiridonow. Zur Zeit muß man Koslow als unmittelbaren Vertreter Chruschtschows im Sekretariat betrachten; Kuusinen ist zusammen mit Ponomarjow für auswärtige Kontakte zuständig; Suslow und Iljitschew sind für Ideologie und Propaganda verantwortlich. Es scheint, daß der ehemalige KGB-Vorsitzende Schelepin für die Parteikader auf gesamtsowjetischer Ebene verantwortlich wird und ihm verschiedene wichtige Abteilungen des Zentralkomitees unterstellt worden sind. Die Bedeutung der Leningrader und Moskauer Parteiorganisation für die laufende Parteitätigkeit demonstriert die Ernennung der beiden Leiter zu ZK-Sekretären. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Demitschew wie auch Spiridonow in naher Zukunft von ihren bisherigen Funktionen befreit

werden. Von den neun Sekretären haben nur Chruschtschow und Kuusinen irgendwelche Verbindungen zu den Säuberungen Stalins während der dreißiger Jahre, Koslow und Suslow spielten eine gewisse Rolle bei den Säuberungen nach 1945, die anderen fünf Sekretäre sind jedoch mit der Vergangenheit der Stalinzeit unbelastet.

*
* *

Der XXII. Parteitag ist also aus verschiedenen Gründen ein wichtiges historisches Ereignis. Was die innerpolitische Entwicklung anbelangt, so lassen sich die Folgen des Kongresses schwer absehen. Chruschtschow und seine Anhänger waren gezwungen, viele neue Ventile zu öffnen. Der Charakter der antistalinistischen Welle

während des XXII. Parteitages war, wie mehrfach betont, rein zweckgebunden, dennoch bedeutete sie einen wesentlichen Schritt voran im Vergleich zu alledem, was bis jetzt auf diesem Gebiet geschehen war. Die Namen zweier Helfer Stalins und mit ihnen automatisch ganze Abschnitte der sowjetischen Vergangenheit wurden angeprangert. So nahm A. N. Schelepin, die bekannte Kreatur Stalins aus den „Moskauer Prozessen“, Wyschinskij aufs Korn. Noch wichtiger sind die Berichte der Altbolschewikin Lasurkina, Mitglied der KP der Sowjetunion seit 1902, aus Leningrad, die 17 lange Jahre in sowjetischen Konzentrationslagern verbracht hat. Es stellte sich eindeutig heraus, daß sich Shdanow persönlich an Säuberungen und Liquidierungen in den dreißiger Jahren in der Zeit der Jeshowschtschina beteiligt hat. Die fatale Rolle dieses Kommunistenführers war bis vor kurzem tabu, sogar jene ideologische Vorbereitung der Stalinschen Säuberungen nach 1945, die als „Shdanowschtschina“ in die Geschichte der Sowjetunion eingegangen ist, hieß noch in neueren sowjetischen Quellen „notwendig“ und „normal“. Chruschtschow und seine Anhänger haben vielleicht noch nicht in voller Tragweite erkannt, welche Kettenreaktionen ausgelöst werden durch all das, was sie aufzurollen gezwungen waren.

Im Zusammenhang damit entstehen verschiedene neue Probleme, bahnt sich in der sowjetischen Gesellschaft etwas an, was wir als „öffentliche Meinung“ zu bezeichnen pflegen. Wie weit dieser Faktor Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen vermag, wird erst die Zukunft erweisen müssen.

Wieder andere Probleme ergeben sich aus der allgemeinen Übergangssituation, über die bereits berichtet worden ist. Für viele soziale Schichten bringt die neue Entwicklung keine Änderung. Das bezieht sich in erster Linie auf die Intellektuellen, die in der sowjetischen Gesellschaft, ähnlich wie in anderen modernen Industriegesellschaften, nicht wesentlich an Bedeutung gewinnen. Zentralproblem bleiben jedoch die Beziehungen zwischen der Partei und den technischen Kadern. Die Zugeständnisse an die technische Intelligenz und hochqualifizierte Arbeiter sind die Folge einer Zwangslage, in der sich die KPdSU befindet. Unsere Aufgabe im Westen müßte es sein, die Grenzen und Möglichkeiten dieser gesellschaftlichen Transformation genau zu beobachten.

Anmerkung:

Borys Lewytkyj, München, freier Journalist, Autor des Buches „Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit — Der sowjetische Sicherheitsdienst“.

Das neue Zentralkomitee

	Mitglieder			Kandidaten		
	wiedergewählt	neugewählt	zusammen	wiedergewählt	neugewählt	zusammen
GESAMTZAHL	93	82	175	34	121	155
<i>darunter:</i>						
Spitzenfunktionäre der Parteizentrale	14	2	16	0	0	0
Spitzenfunktionäre der republikanischen Parteien	19	13	32	5	20	25
Gebiets- und Landesparteisekretäre	13	30	43	9	28	37
andere Parteifunktionäre	5	3	8	2	10	12
hohe Staatsfunktionäre auf gesamtsowjetischer Ebene (ohne Angehörige des Präsidiums des ZK KPdSU)	19	13	32	11	13	24
hohe Staatsfunktionäre auf Republikebene (ohne Angehörige der Büros der Zentralkomitees)	11	2	13	2	16	18
Armeeangehörige	8	6	14	4	13	17
Komsomolfunktionäre	0	1	1	0	2	2
Gewerkschaftsfunktionäre	2	1	3	0	1	1
Wissenschaftler und hochqualifizierte Spezialisten	1	2	3	0	5	5
Journalisten und Schriftsteller	1	3	4	1	4	5
Zahl der Frauen	4	2	6	1	3	4
Bereits auf dem XIX. Parteitag (1952) ins ZK gewählt	55	3	58	13	1	14

FRANZ THEODOR ZÖLCH

China im Tibet

Es scheint so rasch nicht mehr still werden zu wollen um das „Dach der Welt“, jenes zwischen den schwer übersteigbaren Gebirgszügen des Himalaja und des Kwen-Lun sich erstreckende, höchstgelegene Land der Erde, seitdem sich die Volksrepublik China 1951 den Priesterstaat Tibet einverleibt hat. Zwar könnte man einwenden, sehr laut sei es noch nie hergegangen um dieses rauhe, von Natur unwirtliche und überdies äußerst dünn besiedelte Land. Nicht nur wegen seiner geographischen Abgeschlossenheit ist es dem Blick von außen weitgehend entzogen, auch seine Menschen sind, obschon von gewinnender Höflichkeit und Gastlichkeit, dennoch von wenig mitteilbarer Art. Sie drängen

sich nicht auf und zeigen ihrerseits auch wenig Neigung, sich von außen etwas aufzwingen zu lassen: zum Beispiel den Kommunismus. Seit 1951 gehört Tibet als „autonomes“ Teilgebiet zur kommunistischen Volksrepublik China. Als Peking den Tibetern diesen Status im Vertrag vom 23. Mai 1951 aufzwang, feierten die chinesischen Kommunisten die Annektion Tibets als „Rückkehr in die große Völkerfamilie der chinesischen Volksrepublik“. Die Tibeter, die soeben den starken Divisionen Mao Tse-tungs unterlegen waren, mußten schweigen. Ingeheim sahen sie die Dinge jedoch wesentlich anders. Und dies aus historischen und anderen Gründen.

weder Günstlingswirtschaft noch nennenswerten persönlichen Besitz. Den Aufstieg bestimmte allein die geistige Leistung.

Ungeachtet der geographischen Abgeschlossenheit des Landes verlief die Geschichte Tibets nichts weniger als friedlich und unbewegt. Etwa um 650 n. Chr. entstand ein tibetisches Großreich, das rasch erstarkte, so daß es um die Mitte des 8. Jahrhunderts das benachbarte chinesische Reich mit Krieg überziehen und im Jahre 763 sogar dessen Hauptstadt plündern konnte. Nur wenige Jahrzehnte später setzte allerdings schon der Niedergang ein, und bereits Ende des 9. Jahrhunderts konnte von einem Großreich keine Rede mehr sein. Der Tibet verhartete von nun an in der Abgeschlossenheit seiner natürlichen Grenzen und entwickelte vom 13. Jahrhundert an die klassischen Formen seiner lamaistischen Hierarchie. Im 18. Jahrhundert fielen die Chinesen ein und errichteten, tausend Jahre nach ihrer eigenen, nie vergessenen Niederlage ein chinesisches Protektorat über das Land. Es folgte ein Jahrhundert der völligen Abriegelung gegen alle Einflüsse aus Indien und Europa. Erst mit der Konferenz von Simla im Jahre 1904 gelang es England, politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf den Tibet zu erringen, was den Dalai-Lama zur Flucht nach China bewog. Als England jedoch 1907 im Petersburger Vertrag auf diesen Einfluß wieder verzichtete und China wieder vordrang, flüchtete der inzwischen längst wieder heimgekehrte Dalai-Lama diesmal vor den Chinesen nach Indien. Der Sturz der Mandschu-Dynastie im Jahre 1912 brachte Tibet wieder die Freiheit; es benutzte die Wirren der chinesischen Revolution, um sich von China zu trennen. Spätere chinesische Wiedereroberungsversuche wurden blutig abgewiesen, und der Tibet, der trotz der Bedürfnislosigkeit seiner Bewohner doch in einem gewissen Umfang auf einen bescheidenen Außenhandel angewiesen war, wandte sich nun wieder mehr dem ihm geistig nächststehenden Indien zu, mit dem er eine 2700 Kilometer lange gemeinsame Grenze hatte, und seinem südlichen Nachbarn Nepal, demgegenüber er auf Grund eines Vertrages aus dem Jahre 1856 ohnedies gewisse politische und wirtschaftliche Verpflichtungen hatte.

Der Priesterstaat

Das etwa 1,2 Millionen Quadratkilometer große Land grenzt im Norden und Osten an die chinesischen Provinzen Sinkiang, Tschinghai und Sikang, im Süden und Westen in der Hauptsache an Nepal und Indien. Dementsprechend wurde seine Geschichte über ein Jahrtausend lang vorwiegend von den Beziehungen zu diesen drei Ländern geprägt. Obgleich als Mongolen rassenmäßig den Chinesen näher verwandt, neigten die Tibeter mit ihren Sympathien dennoch mehr zu ihren südlichen, insbesondere zu den indischen Nachbarn, von denen sie kurz vor der Mitte des 7. Jahrhunderts n. Chr. den Buddhismus übernahmen, den sie mit ihrem eigenen Schamanenglauben vermischten und zum Lamaismus entwickelten. Letzterer erlangte alsbald nicht nur die Stellung einer Staatsreligion, er bestimmte auch die Staatsform des Landes, die sich mindestens seit dem 15. Jahrhundert nahezu unverändert als Priesterstaat mit zwei annähernd gleichberechtigten Oberhäuptern, dem Panchen-Lama oder Taschi-Lama, der seinen Sitz normalerweise im Bergkloster Taschi-Lumpo hatte, und dem politisch meist bedeutenderen, im Kloster Potala in Lhasa residierenden Dalai-Lama, erhielt. Die Macht dieser Priesterherrschaft, die man auch als lamaistisches Doppelpapsttum bezeichnet hat, stützte sich in erster Linie auf die in etwa 5 000 Klöstern hausenden, sehr streitbaren Mönche, die sogenannten Lamas. Über die

Bevölkerungszahl Tibets gab es zu keiner Zeit auch nur einigermaßen zuverlässige Unterlagen. Die Schätzungen wichen stets beträchtlich voneinander ab und bewegten sich zwischen einer halben Million und sechs Millionen. Wahrscheinlich liegt die richtige Zahl für den Zeitpunkt des chinesischen Einmarsches bei ungefähr zweieinhalb Millionen. Ebenso unsicher sind die Angaben über die Anzahl der Mönche, die von Kennern des Landes für die Zeit um 1950 herum noch mit mehr als 400 000 angegeben wurde. Vermutlich betrug sie jedoch nur etwa die Hälfte, so daß immerhin noch etwa jeder sechste Mann im Tibet Lama war. Etwa neun Zehntel aller Mönche waren „Gelugpas“ oder Gelbmützen-Lamas und lebten ehelos. Dieser Umstand legt die Vermutung nahe, daß die gewaltigen Differenzen in den Angaben über die tibetische Bevölkerungszahl vielleicht durch einen zeitweisen, raschen Bevölkerungsschwund zu erklären seien. Trotz dieser und manch anderer nachteiliger Folgen und obwohl die Last der produktiven schweren Handarbeit auf dem nichtmönchischen Teil der männlichen Bevölkerung und auf den Frauen ruhte, ist der Lamaismus offenbar doch tief im Volk verwurzelt. Diese Tatsache ist möglicherweise weitgehend auf den demokratischen Charakter der lamaistischen Hierarchie zurückzuführen. In ihr gab es — obgleich die Mönche, aller Arbeit ledig, das Leben in vollen Zügen genießen konnten — im allgemeinen

Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber der „Schweizerischen Monatshefte“ (Dez. 1961).

Mao Tse-tung ante portas

Die nun einsetzende Periode äußerer Ruhe dauerte nur bis 1949. Kaum hatte nämlich Mao Tse-tung in China gesiegt, kündigte er bereits einen „Marsch auf Lhasa“ an. Auch um einen „moralischen“ Vorwand war der chinesische Kommunistenführer nicht verlegen. Seit dreißig Jahren hatte sich der mit dem Dalai-Lama im Streit liegende Pantschen-Lama fast ununterbrochen im chinesischen Exil befunden, und dieser Zustand hatte sich nicht geändert, obwohl in der personalen Besetzung dieser beiden hierarchischen Spitzen inzwischen ein Wechsel eingetreten war. Diesen Zwist benutzten nun die „Balt-schebuku“, wie die chinesischen Kommunisten von den Tibetern genannt werden, um unter dem Vorwand, die beiden Oberlamas wieder auszusöhnen, ihre Hand erneut nach Tibet auszustrecken. Entgegen anders lautenden rotchinesischen und sowjetischen Darstellungen nahmen die Tibeter die chinesische Invasionsdrohung durchaus nicht etwa in ruhiger Gelassenheit hin. So berichtete zum Beispiel der junge französische Tibetforscher Amaury de Riencourt: „Der ganze Apparat lamaistischer Gebete wurde zur Abwehr gegen die kommunistische Lawine in Bewegung gesetzt. Hunderte von ‚Lebenden Buddhas‘ versammelten sich in Lhasa, um ihre geistige Offensive vorzubereiten, während Send-

linge ganz Tibet und das westliche China durchstreiften, um die Lamasereien zu alarmieren und in Verteidigungszustand zu versetzen.“¹⁾ Der Dalai-Lama wandte sich hilflos an Indien, das zwar einen Vermittlungsversuch unternahm, der jedoch so zahm ausfiel, daß er von vorneherein kaum Aussicht auf Erfolg hatte. Indien mußte dafür anderthalb Jahre später bittere amerikanische Vorwürfe einstecken: „Die einzige Hoffnung war ein entschlossener Widerstand Indiens . . . Nehru gab zu verstehen, daß er auf die Erhaltung der sogenannten McMahon-Linie, die Indiens Nordostgebiete gegen Tibet abgrenzt, bestehen werde . . . Sonst sah Indien, abgesehen von einigen milden Protesten, den Vorgängen im Tibet apathisch zu. Das Ergebnis war, daß der Tibet nun hinter dem Eisernen Vorgang liegt. Dies ist eine Niederlage für den Westen, wenn auch nur eine kleine. Ihre Hauptgefahr besteht darin, daß die Kommunisten direkt bis an Indiens Grenzen vorgerückt sind.“²⁾ Auch ein Hilferuf Lhasas an die Vereinten Nationen verhallte ungehört, da der Tibet 1945 auf der Konferenz von Jalta dem Einflußbereich des damals noch Gesamt-China vertretenden Tschiang Kai-schek zugesprochen worden war. Auch der Tibet wurde so eines der zahlreichen Opfer jener verhängnisvollen Konferenz.

Der „Marsch auf Lhasa“

Sein weiteres Schicksal war nun nicht mehr aufzuhalten. Es begann mit rotchinesischen Truppenkonzentrationen an der chinesisch-tibetischen Grenze im Sommer 1950. Zwar verzögerte sich die Invasion dann noch um einige Monate, da im August schwere Erdbeben die nach Tibet führenden Straßen unpassierbar machten; aber im November marschierten Mao Tse-tungs Truppen, von der Bevölkerung angeblich freudig begrüßt, über die Grenze und besetzten am 9. November 1950 Lhasa. Während der Dalai-Lama vorübergehend wieder einmal nach Indien floh, setzten die Chinesen den vorsorglich mitgebrachten Pantschen-Lama wieder in seine Rechte ein.

Um es gleich vorwegzunehmen: die Chinesen benahmten sich im Tibet während der ersten Jahre weit diplomatischer und ganz gewiß auch weniger barbarisch als 1945 die Sowjets in den von ihnen „befreiten“ osteuropäischen Ländern, und dies sicherlich nicht etwa aus wirtschaftlichem Interesse an dem kahlen Land, das außer etwas Wolle, Obst und Salz kaum mehr hervorzubringen vermag, als für die Ernährung seiner bitter armen Bevölkerung unbedingt benötigt wird. Am 23. Mai 1951 diktierten sie in Peking den neuerdings Annektierten einen aus 17 Artikeln bestehenden Vertrag, der dem Lande zwar Gebietsautonomie, aber „unter Leitung der Zentralen Volksregierung“, das heißt also Pekings, zugestand. Im übrigen gingen die chinesischen Kommunisten zunächst äußerst behutsam vor. Sie tasteten in den ersten Monaten

weder die innere Staatsform noch die Lama-Klöster an und überließen es wenigstens auf dem Papier den Tibetern selbst, ob und in welchem Umfang sie ihr Land nach dem Vorbild des kommunistischen Chinas umgestalten würden. Eine Ausnahme unter ihren innenpolitischen Bedingungen stellte lediglich die Forderung dar, der inzwischen aus Indien wieder zurückgekehrte Dalai-Lama solle mit dem Pantschen-Lama gemeinsam regieren. Diese scheinbar harmlose

Gleichschaltung mit „friedlichen“ Mitteln

Immerhin durften sich die Tibeter zunächst noch als Nutznießer der strategischen Bedeutung ihres Landes betrachten, und Peking verstand es in der nüchternen Erwägung, daß es gefährlich sei, ein so wichtiges Grenzgebiet von Unzufriedenen bewohnt zu wissen, anfänglich recht gut, sich hier sogar einige Freunde zu erwerben. Allerdings stand hinter seinen scheinbaren Wohltaten auch immer ein Nutzen, und wenn Mao Tse-tungs Soldaten durch die Salzwüsten, Steppen und unwegsamen Gebirgszügen Straßen bauten und Brücken über die reißenden Flüsse des Landes schlugen, dann nahmen dies die tibetischen Nomaden und wohl auch manche der im Lande herumziehenden Lamas mit Dankbarkeit zur Kenntnis. Mao Tse-tung aber dachte dabei

Bedingung hatte jedoch einen sehr triftigen Grund, denn der Pantschen-Lama war inzwischen in seinem chinesischen Exil längst zu einem zuverlässigen Bewunderer Mao Tse-tungs und des Kommunismus herangeschult worden. Die Außenpolitik und die militärische Verteidigung des Landes allerdings erklärten sie zur Angelegenheit der Volksrepublik China und gliederten dementsprechend die kleine tibetische Armee ihrer eigenen ein.

Damit schien der rote Friede endgültig in Tibet eingekehrt, und man vernahm fortan außer zensierten offiziellen Verlautbarungen nur mehr wenig über die Vorgänge und Veränderungen im Innern des Landes. Ganz so friedlich, wie die Kommunisten es darzustellen liebten, verlief die Bolschewisierung des Landes in Wirklichkeit jedoch keineswegs. Vor allem fanden sich die Lamas nur sehr zögernd zu einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Eindringlingen bereit. So weigerten sich beispielsweise die streitbaren Mönche der drei bedeutendsten Klöster in Sera, Drepung und Ganden zu verraten, wo ihre Waffen- und Munitionslager waren³⁾. Äußerlich freilich schien alles in schönster Ordnung, und die Sowjets berichteten von einem am 24. Oktober 1951 vom Dalai-Lama an Mao Tse-tung gerichteten Telegramm, in dem es unter anderem heißt: „Die lokale Regierung Tibets, die Mönche und das ganze tibetische Volk erklären einstimmig ihr Einverständnis mit dieser Vereinbarung (gemeint ist der Vertrag vom 23. Mai 1951). Unter Führung der Zentralen Volksregierung und ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung stellen sie sich entschieden hinter die Abteilungen der Volksbefreiungsarmee, die zur Stärkung der tibetischen Streitkräfte, zur Vertreibung der imperialistischen Kräfte aus dem Lande und zur Sicherung des gesamten Gebietes im Tibet einmarschiert sind.“⁴⁾ Stil und Inhalt dieses Telegramms verraten unverkennbar seine kommunistische Herkunft, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, wer seine wirklichen Verfasser waren.

zweifellos an seine Panzer, die über diese Straßen und Brücken vielleicht einmal nach Süden rollen würden. Er wußte auch recht wohl, weshalb er überall im Lande Schulen baute und die Jugend des Tibets nicht nur in den Künsten des Lesens, Schreibens und Rechnens unterrichteten, sondern sie auch in die Geheimnisse der Verwaltung und Wirtschaftslenkung einführen ließ, die bis dahin ausschließlich den Lamas vorbehalten waren. Diese Jugend sollte nämlich in einigen Jahren von sich aus die politischen Garantien des Vertrages von 1951 liquidieren und die Regierung des Landes den Händen der Lamas entreißen.

3) „The New York Times“, am 22. Oktober 1951.

1) Amaury de Riencourt, „Tibet im Wandel Asiens“, Wiesbaden 1951. Seite 274.

2) „The New York Times“, am 22. Mai 1951.

4) „Prawda“, Moskau, am 28. Oktober 1951. Zitiert nach „Ost-Probleme“, 3. Jahrgang, 1951, Seite 1453.

Mit besonderem Mißtrauen betrachteten die Chinesen von Anfang an Tibets Haltung gegenüber Indien, insbesondere gegenüber den beiden benachbarten indischen Staaten Uttar-Pradesch und Westbengalen, mit deren Bewohnern die Tibeter außer Handelsbeziehungen auch stammesmäßige, religiöse, kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten verbinden. Die Chinesen waren klug genug, diese Beziehungen nicht sofort und brutal zu unterbinden. Allerdings gaben sie gleich nach der Besetzung des Landes zu verstehen, daß sie die tibetischen Handelsbeziehungen mit Indien bis zum Ende des Jahres 1953 erloschen zu sehen wünschten. Als dieser Zeitpunkt gekommen war, erwiesen sich diesbezügliche rotchinesische Verbote oder Verordnungen als gar nicht mehr erforderlich. Man hatte nämlich auf chinesischer Seite die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen und den tibetisch-indischen Handel mit anderen, sozusagen „friedlichen“ Mitteln bereits zum Erliegen gebracht. Indien hatte bis dahin hauptsächlich Getreide und Textilien nach Tibet geliefert und dafür

Wolle und Salz gekauft. Inzwischen hatten die Chinesen die Belieferung des Tibets mit Getreide und Stoffen übernommen, wofür sie den Tibetern deren Hauptexportgut, die Wolle, zu Preisen abnahmen, die Indien nie hätte bezahlen können. Für 50 Kilogramm weißer tibetischer Wolle, wofür die indischen Händler bis zur chinesischen Invasion noch 70 bis allenfalls 100 Kilogramm Getreide gegeben hatten, bezahlten die Chinesen nun mit bis zu 320 Kilogramm Getreide. Ähnlich sah es bald auch mit dem Absatz der wenigen sonstigen Produkte des Landes aus, wie Salz und Obst, die von einer eigens zu diesem Zweck in Lhasa errichteten Zweigstelle der Chinesischen Nationalbank nun zu Preisen aufgekauft wurden, die in jedem Falle höher lagen, als die bis dahin von indischen Händler bezahlten. Den Import aus Indien hingegen lösten staatliche chinesische Handelsgesellschaften ab, die das Land mit allem Notwendigen billiger versorgten, als dies den früheren Importeuren aus Indien vorher möglich gewesen war.

Soweit schienen sich die chinesischen Pläne zur Gleichschaltung des Tibets fürs erste zur vollen Zufriedenheit Pekings anzulassen, und da über die wirklichen Verhältnisse im Lande immer weniger zuverlässige, unzensurierte Nachrichten in die Außenwelt drangen, bildete sich allmählich auch im Westen die Überzeugung, die Tibeter hätten keinen schlechten Tausch gemacht. So schrieb zum Beispiel die in Kairo erscheinende, sonst in der Regel gut informierte „Deutsche Orient-Zeitung“: „Es ist anscheinend nicht allzu schwer gewesen, die Tibetaner einzufangen, und, wenn man Peking glauben darf, wurden schon Solidaritätskundgebungen für China veranstaltet, die teilweise von zwanzigtausend Lamas besucht worden sein sollen“⁶⁾. Aber auch dieser Satz enthält gewisse Zweifel. Schließlich weiß man ja zur Genüge, wie dererlei „Solidaritätskundgebungen“ in kommunistischen Ländern zustande kommen, und ganz und gar unwahrscheinlich erscheint eine Zahl von zwanzigtausend Lamas, die an solchen Veranstaltungen teilgenommen haben sollten.

Zäher Widerstand unter Führung der Lamas

Die Vorstellungen eines angeblichen Friedens-Idylls auf dem „Dach der Welt“ wurden denn auch empfindlich gestört durch die sich häufenden Nachrichten über blutige Aufstände der Lamas und einiger osttibetischer Stämme gegen die chinesischen Besatzungstruppen. Dadurch drohte auch das Vertrauen in die Aufrichtigkeit chinescher „Koexistenz“-Versicherungen gestört zu werden, und so sah sich Anfang August 1956 Liu Ke-ping, der Vorsitzende des Nationalitäten-Ausschusses des chinesischen Volkskongresses, veranlaßt, in einem Interview mit der Zeitung der italienischen KP, „L'Unità“, alle diese Meldungen zu dementieren. Immerhin kam, auch Liu Ke-ping nicht um das Eingeständnis herum, „daß in der chinesischen Provinz Szetschuan, die an Tibet grenzt, Ende Februar von ‚nationalchinesischen Agenten und einigen feudalen Landherren kleinere Revolten‘ angezettelt worden seien, die sich ‚gegen die Einführung der einfachsten Reformen in diesen sozial rückständigen Gebieten richteten‘ . . . Im Tibet habe es niemals eine Rebellion gegeben . . . Da die kommunistische Verwaltung die Freiheit der Religion im Tibet respektiert habe, habe ‚die lamaistische Kirche‘ keine Ursache gehabt, an einem Aufstand teilzunehmen und habe es auch tatsächlich nicht getan“⁶⁾.

Am Pekinger Dementi mag ein Punkt der Wahrheit allerdings annähernd entsprochen haben, nämlich die Feststellung, die „lamaistische

Kirche Tibets“ habe an einem Aufstand nicht teilgenommen, sofern man diese Kirche nämlich mit den Personen des Dalai-Lama und des Pantchen-Lama gleichsetzt, die damals beide noch im „zarten Jünglingsalter“ standen und von denen der letztere ja bereits während seines chinesischen Exils zum Anhänger des Maoismus erzogen worden war. Im übrigen aber war das Dementi nicht dazu angetan, die zahlreichen Augenzeugenberichte indischer Händler und geflüchteter Tibeter zu entkräften, die zum Beispiel in „Times of India“, „The Statesman“ und anderen angesehenen indischen Zeitungen immer wieder auftauchten. Diesen weit glaubhafteren und detaillierten Berichten zufolge gab es im Tibet sogar sehr ausgedehnte und zeitweise erfolgreiche Aufstandsbewegungen vor allem im Nord- und Ost-Tibet, als deren hauptsächlich Träger unter anderen der osttibetische Golok-Stamm und die große Masse der Gelugpa-Lamas genannt wurden. Sie sollen den maoistischen Truppen teilweise sogar schwerste Verluste zugefügt haben. Mochte man auch manches an diesen Augenzeugenberichten für aufgebauscht oder phantasievoll ausgemalt halten, die Tatsache der Aufstände war jedenfalls nicht mehr zu bezweifeln. Wie auch immer sie verliefen und welches ihr Schicksal gewesen sein mag, Anlässe dafür boten die Verhältnisse im besetzten Tibet in Menge. Da waren zum Beispiel die chinesischen Versuche, die Bodenreform, die in China selbst schon so viel Blut gekostet hatte, nun auch auf Tibet zu übertragen, wodurch in erster Linie die Lamasereien betroffen wurden; da war ferner die von den Chinesen immer mehr ange-

zogene Steuerschraube und die im Gegensatz zur ersten Besatzungszeit und zu den Garantien von 1951 immer mehr schwindende chinesische Zurückhaltung in Fragen der Religion, was alles zusammengenommen mit der Zeit reichlichen Explosivstoff gegeben hatte. Er sammelt sich vor allem in den Lamaklöstern und in den am meisten betroffenen osttibetischen Stämmen an.

Noch immer war nämlich der Einfluß der Lamas in der tibetischen Bevölkerung ungebrochen. Überall in Asien pflegt der Kommunismus mit dem Anspruch einer neuen Religion aufzutreten. 1950 und 1951 hatten die chinesischen Eindringlinge dies klugerweise noch für sich behalten. Bald aber fühlten sie sich stark genug, um solche Hemmungen allmählich fallen zu lassen. Es war daher begreiflich, daß die überwiegende Mehrzahl der Lamas, zumal die Gelugpas, erklärte Feinde des chinesischen Kommunismus wurden. Sie sahen durch ihn nicht nur ihre eigene beherrschende Stellung im Lande bedroht, sondern lehnten ihn vor allem auch als eine ihrer eigenen geradezu entgegengesetzte Weltanschauung aufs schärfste ab. Allen Berichten zufolge waren daher die Aufstände, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorwiegend solche der Lamas und trugen den doppelten Charakter eines nationalen Freiheitskampfes und eines erbitterten Religionskrieges. Mit ihrem endgültigen Erlöschen wird vor der völligen Ausrottung des Lamaismus wohl kaum zu rechnen sein.

6) Vgl. die entsprechende AP-Meldung in der „Süddeutschen Zeitung“, München, vom 8. August 1956.

5. „Deutsche Orient-Zeitung“, Kairo, Nr. 3 vom 17. Januar 1954.

Der Aufstand vom März 1959

Die blutigste und folgenschwerste aller bisherigen Erhebungen war zweifellos der Aufstand vom März 1959, der vorwiegend durch die Spannungen ausgelöst wurde, die sich im Laufe der Jahre im Verhältnis Peking zum Dalai-Lama ergeben hatten. Dieser war stets ein überzeugter Gegner des Kommunismus geblieben und hatte sich nur ungern und auf Anraten des indischen Ministerpräsidenten Nehru bis zu einem gewissen Grad den Umständen gefügt. Aber auch diese Nachgiebigkeit hatte ihre Grenzen, die sich zum Beispiel zeigten als Peking die Unterstützung Lhasas gegen aufrührerische tibetische Bergstämme forderte. Der Dalai-Lama hatte dies abgelehnt. Daraufhin versuchten die Chinesen mit allerlei fragwürdigen Mitteln den ihnen unbequemen jungen Mann unschädlich zu machen. So wurde berichtet, daß er im Februar des Jahres 1959 nur mit knapper Not einem

Attentat entgangen sei, dessen zumindest intellektuelle chinesische Urheberchaft kaum anzuzweifeln sein mag. Als er schließlich im März 1959 die Aufforderung erhielt, ohne seine übliche Leibwache im chinesischen Militärhauptquartier zu erscheinen, war es um die Geduld der Tibeter, die wohl nicht zu Unrecht eine Verhaftung ihres obersten priesterlichen und politischen Führers befürchteten, geschehen, und der Aufstand brach los.

Dieser neue Aufstand breitete sich mit Windeseile aus und vereinigte seine Kräfte mit der bereits seit längerem im Gange befindlichen Widerstandsbewegung „Chu-Zhi-Kang-Druk“. Der Name dieser Bewegung bedeutet so viel wie „die vier Flüsse der sechs Berge“ und drückte ein Programm aus, das besagte, daß gekämpft werden sollte, bis alle Teile Tibets, auch die

schon länger zu China gehörenden Provinzen wie Szetschuan, Tsching-hai und Kan-su, in denen mehr als doppelt so viele Tibeter leben wie im Tibet selbst, wieder in Freiheit vereinigt seien — ein Programm, dem jedoch leider aller Wahrscheinlichkeit nach niemals Erfüllung beschieden sein wird. Nach anfänglichen beträchtlichen Erfolgen der Aufständischen siegten die modernen Waffen, die brutalere Kriegführung und die sonstige militärische Übermacht der Chinesen. Der Dalai-Lama floh nach Indien, wo er von Nehru offensichtlich nur höchst ungern und unter allerlei Bedingungen, zum Beispiel dem Verbot jeder politischen Tätigkeit, aufgenommen wurde. Mit ihm flohen viele Tausende seiner Landsleute. Dieser Flüchtlingsstrom ist, allen chinesischen Abriegelungsmaßnahmen zum Trotz, bis heute noch nicht ganz versiegt.

Peking antwortet mit Völkermord

Die Rache Pekings war furchtbar. Im September 1959 richtete der Dalai-Lama einen eindringlichen Appell an die Vereinten Nationen, worin er China der systematischen Ausrottung des tibetischen Volkes beschuldigte und ein sofortiges Eingreifen der Weltorganisation forderte. Der Appell blieb, wie nicht anders zu erwarten, ohne Erfolg. Die furchtbare Beschuldigung aber, die der Dalai-Lama gegen China erhoben hatte, war leider keineswegs übertrieben, wie sich in den darauffolgenden Jahren erweisen sollte. Peking hatte den Eindruck gewonnen, daß die Sympathien der Tibeter für China und den chinesischen Kommunismus mit friedlichen Mitteln offenbar nicht zu wecken seien. Es ließ daher die Maske fallen und beschloß, das tibetische Volk zu liquidieren. Dabei bediente es sich in der Hauptsache folgender Mittel: Die Hauptträger des antichinesischen und antikommunistischen Widerstandes waren immer noch die buddhistischen Mönche. Gegen sie ergriff man denn auch die ersten Vergeltungsmaßnahmen. Die Lamaklöster wurden zum größten Teil zerstört, der Rest geschlachtet. Die Mönche selbst, soweit sie nicht während des Aufstandes im Kampfe fielen oder hinterher ermordet worden waren, steckte man entweder in Konzentrationslager oder verurteilte sie zu Zwangsarbeit. In den Konzentrationslagern starben sie zu Tausenden an Hunger und Krankheiten; in den Zwangsarbeitskolonnen gingen ebenso viele an den unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen zugrunde. Der übrigen Bevölkerung ging es nicht viel besser. Wer irgend der Teilnahme am Aufstand oder auch nur der Sympathie mit den Aufständischen verdächtig schien, wurde hingetrichtert. Abertausende wurden — wie die Mönche — in Zwangsarbeitslager eingeliefert. In vielen Provinzen des Landes wurden Männer und

Frauen der fortpflanzungsfähigen Jahrgänge systematisch sterilisiert, die Kinder nach China verschleppt oder chinesische Besatzungssoldaten zwangsweise mit tibetischen Frauen und Mädchen verheiratet. Daneben erfolgten immer wieder Massendeportationen von Tibetern ins Innere Chinas, während gleichzeitig Chinesen in den Tibet umgesiedelt wurden.

Im Herbst 1959 berichtete Jigme Norbu, der Bruder des Dalai-Lama, daß Peking beabsichtige, im Laufe der nächsten Jahre zehn Millionen Chi-

nesen im Tibet anzusiedeln. Man hielt seinerzeit diesen Bericht für ein Phantasieprodukt und beschäftigte sich weiter nicht mehr damit. Inzwischen aber wurde bekannt, daß schon knapp ein Jahr nach dem Aufstand vom März 1959 die Zahl der im Tibet zwangsangesiedelten Chinesen bereits fünf Millionen überschritten habe. Da die Siedlungsaktion weiterlief, dürften demnach von den in Norbus Bericht genannten zehn Millionen heute kaum mehr viel fehlen, während Tibeter im Tibet wohl bald nur noch schwer zu finden sein werden.

Blutige Bodenreform

Hand in Hand mit diesem von Peking planmäßig betriebenen Völkermord ging die ebenso planmäßige „Sozialisierung“ nach chinesischem Muster. Ihren Kern bildete eine Bodenreform, mit deren Durchführung man endgültig im Sommer 1959 begann, nachdem die Bodenreformversuche früherer Jahre größtenteils am hartnäckigen Widerstand der Bevölkerung gescheitert waren. Die chinesischen Behörden gingen dabei von einer Verfügung aus, derzufolge sämtlicher persönlicher Besitz an Geld, Boden und Viehbeständen aller am Aufstand vom März 1959 beteiligten Personen — und dies traf ja in irgendeiner Form auf den weitaus überwiegenden Teil der tibetischen Bevölkerung zu — beschlagnahmt und unter Landarme verteilt werden sollte. Gerade weil die Zahl der davon Betroffenen so groß war, kam dies praktisch einer Enteignung nahezu aller gleich. Man sah sich daher gezwungen, in der Praxis das Verfahren etwas abzuändern und hielt sich dann ziemlich getreu an jene Methode, mit der nach 1950 in China selbst eine ähnliche Bodenreform

durchgeführt worden war. Kommissionen der Kommunistischen Partei zogen von Dorf zu Dorf und trieben die ganze Einwohnerschaft in eine öffentliche Versammlung. Vorher hatte man erkundet, welches die zwei oder größten Grundbesitzer des Dorfes waren. Diese Unglücklichen wurden dann von einem „Ankläger“ des Aufbruchs der antikommunistischen Hetze, der Ausbeutung und anderer, meist erfundener Verbrechen bezichtigt, von einem dazu aus dem Stegreif bestellten oder auch gleich mitgebrachten „Volksgericht“ zum Tode verurteilt und sofort gehängt. Offiziell wurde das Eigentum der Delinquenten dann zwar unter die Anwesenden aufgeteilt, in Wirklichkeit aber verwandelten sich die Dörfer alsbald in erzwungene Kollektivwirtschaften, und in Peking selbst wurden Pläne bekanntgegeben, die darauf hinausliefen, ganz Tibet in eine gewisse Anzahl von „Volkskommunen“ aufzuteilen⁷⁾.

7) Vgl. den Aufsatz „Der Sieg der demokratischen Reform in Tibet“, von Chang Ching-wu in der Pekingener „Roten Fahne“ vom 1. 3. 1960.

„Noch nicht reif für den Sozialismus“

Es gibt im Tibet keine eigene Kommunistische Partei. Eine solche würde von den Chinesen auch gar nicht geduldet werden, da sie Tibet ja nicht als einen souveränen Staat, sondern lediglich als chinesische Provinz betrachten. Innerhalb der chinesischen KP wurde jedoch eine tibetische Sektion gebildet, die den Namen „Komitee Tibetischer Werktätiger“ führt. Ihr Generalsekretär ist Chang Ching-wu, von dem nicht einwandfrei feststeht, ob er Tibeter ist oder Chinese. Wahrscheinlich aber ist er Chinese. Wenig bekannt ist auch über die Mitgliederzahl dieser tibetischen KP-Sektion, der im übrigen vorwiegend nach dem Tibet umgesiedelte Chinesen, aber nur sehr wenige Tibeter angehören. Doch auch diese wenigen tibetischen KP-

Angehörigen stehen bei den Chinesen im Geruch der Unzuverlässigkeit, ja man verdächtigt sie insgeheim sogar der Konspiration mit den immer noch da und dort sich regenden Widerstandskräften und mißtraut ihnen aufs äußerste. Dieser Umstand macht den Chinesen schwer zu schaffen, da sie lieber mit tibetischen Quislingen zusammenarbeiten und unter Hinweis auf sie ihre verlogene Behauptung von einer „begeisterten Heimkehr des befreiten tibetischen Volkes in das chinesische Mutterreich“ unterstreichen würden. Eine Zeitlang schien es daher als habe Peking jede Hoffnung auf eine friedliche Zusammenarbeit aufgegeben und sich zur völligen Ausrottung des tibetischen Volkes entschlossen.

Inzwischen aber scheint man sich eines anderen besonnen zu haben. Seit dem Frühjahr 1961 häufen sich die Berichte, wonach Peking sein barbarisches Regiment im Tibet zu lockern beginnt. Sogar von einem geplanten Abzug chinesischer Truppen aus dem Tibet war bereits verschiedentlich gerüchteweise die Rede, und eine amtliche Stelle in Peking gab sogar eine Erklärung ab, der zu entnehmen war, daß „die Einführung des echten Sozialismus im Tibet um fünf Jahre verschoben wurde, da das Land dafür noch nicht reif ist“. Man wird aufmerksam und besorgt abwarten müssen, was die Chinesen im Laufe der kommenden fünf Jahre zu unternehmen gedenken, um diese fehlende „Reife“ in ihrer tibetischen Kolonie herbeizuführen.

Anmerkung:

Franz Theodor Zölch, Journalist, wohnhaft in München.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Joseph M. Bochenski: „Sowjetologie“
- R. Bogatsch: „Hitler und die Kriegführung
im Mittelmeerraum“
- Ludwig Dehio: „Deutschland und das
Epochenjahr 1945“
- Hans-Jürgen Eitner: „Mao Tse-tungs Kriegsphilosophie“
- Romano Guardini: „Der Glaube in unserer Zeit“
- Jens Hacker: „Osteuropa-Forschung
in der Schweiz“
- Hans Kohn: „Die Idee des Nationalismus“
- Helmut Krausnick: „Unser Weg in die
Katastrophe von 1945“
- Frederic Lilge: „Makarenko“
- Carl Günther Schweitzer: „Hat die Weltgeschichte
einen Sinn?“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik
der Sowjetwirtschaft“
- Egmont Zechlin: „Friedensbestrebungen und
Revolutionierungsversuche“
(IV. Teil)
-
-